

**CHECKLISTE STEUERBEFREIUNGEN §§ 13A, 13B UND § 13C ERBSTG
VOM ZEITPUNKT DES ERWERBS BIS ZUM ABLAUF DER BEHALTENS- UND GGF.
LOHNSUMMENFRISTEN FÜR ERWERBE MIT EINER STEUERENTSTEHUNG NACH DEM
30.06.2016**

Stand: 2022

Sachverhalt	Erwerbe mit einer Steuerentstehung nach dem 30.06.2016
Erwerb:	Anzeige innerhalb von drei Monaten, s. § 30 Abs. 1 ErbStG, Ausnahmetatbestand erheblich reduziert, s. im Einzelnen § 30 Abs. 3 ErbStG.
Anforderung einer Erbschaft- oder Schenkungsteuererklärung durch das „Festsetzung-Finanzamt“, § 35 ErbStG:	Frist mindestens ein Monat / Abgabeverpflichtung, § 31 Abs. 1 ErbStG.
Anforderung von Feststellungserklärungen, § 153 BewG durch das „Feststellungs-Finanzamt“:	Erklärung der Werte zur Ermittlung des Bedarfswert, § 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder Nr. 3 BewG, sowie der Angaben für Zwecke der Steuerbefreiung bei der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer, s. R B 151.2 und R B 153 ErbStR 2019.
Ermittlung des begünstigten Vermögens	Das ErbSt-Finanzamt berechnet das begünstigte Vermögen i.S.d. § 13b Abs. 2 ErbStG auf der Grundlage der Feststellungen durch die Betriebsfinanzämter nach § 13b Abs. 10 ErbStG, s. R E 13b.9 Abs. 1 ErbStR 2019.
Verwaltungsvermögensquote:	Die Quote ist vom ErbSt-Finanzamt zu ermitteln. Ebenso: Prüfung, ob eine Optionsverschonung nach § 13a Abs. 10 ErbStG in Betracht kommt; Einzelheiten zur Option und der unwiderruflichen Antragstellung: s. R E 13b.21 ErbStR 2019
Feststellungsbescheide / Einsprüche:	Ggf. Einspruch, § 347 AO, gegen die Feststellung, s. auch §§ 154 und 155 BewG, soweit Bedarfswert moniert wird, Bei Einwände gegen „nachrichtliche Werte“: Einspruch gegen Festsetzungsbescheid.
Behaltensfristen bei § 13a / § 13c i.V.m. § 13a ErbStG:	fünf Jahre bzw. sieben Jahre bei Optionsverschonung, bei schädlicher Verwendung: rückwirkender Wegfall des Abzugsvertrags, (ggf. anteiliger) Wegfall des Verschonungsabschlags, spezielle Anzeigepflicht nach § 13a Abs. 7 ErbStG: Anzeige innerhalb eines Monats nach schädlicher Verwendung
Überwachungsfrist beim Vorweg-abschlag für Familienunternehmen, § 13 Abs. 9 ErbStG	20 Jahre Anzeigepflicht nach § 13a Abs. 9 Satz 2 Nr. 1 ErbStG: ein Monat
Mindestlohnsumme:	Anwendung bei mehr als 5 Beschäftigten Die Mindestlohnsummen betragen bei der Regelverschonung ☐ bei AN > 5, aber AN ≤ 10 250% ☐ bei AN > 10, aber AN ≤ 15 300% ☐ bei AN > 15 400% Die Mindestlohnsummen betragen bei der Optionsverschonung ☐ bei AN > 5, aber AN ≤ 10 500% ☐ bei AN > 10, aber AN ≤ 15 565% ☐ bei AN > 15 700% Beachte: Ein Verstoß gegen die Lohnsummenregelung wirkt sich nicht aus auf - den Abzugsbetrag nach § 13a Abs. 2 ErbStG

	<ul style="list-style-type: none"> - den Vorwegabschlag für Familienunternehmen, § 13a Abs. 9 ErbStG - den Wert des begünstigten Vermögens - die Höhe des Entlastungsbetrags nach § 19a ErbStG
Hinweis: Schulden und Lasten:	<p>bei Zusammenhang mit § 13a / § 13c ErbStG-begünstigtem Produktivvermögen: Abzugsbegrenzung, § 10 Abs. 6 ErbStG</p> <p>Beachte: entfallen (anteilig) die Steuerbefreiungen nach §§ 13a / 13c ErbStG kommt ggf. im Rahmen der Änderung nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO nachträglich ein anteiliger Schuldenabzug in Betracht.</p>